

Bradler

um eine Aufteilung der Hohenzollernschen Lande, indem die südlichen Landesteile mit Sigmaringen einschließlich dessen nordwärts der Donau gelegenen Stadtgemarkung dem Freistaat Baden zugeschlagen werden sollten. Die badische Regierung stellte ihrem Gesandten Dr. Nieser in Berlin als geopolitischen Experten den Mannheimer Professor Endres zur Seite, der als kooptiertes Mitglied an den Beratungen der „Hohenzollern-Kommission“ teilnahm. Professor Endres, dessen Frau aus dem Oberamt Sigmaringen stammte, nahm nach dem 29. November 1920 sogar in Sigmaringen persönlichen Kontakt zu Regierungspräsident Belzer auf⁴⁵. Die badische Staatsregierung versprach sich davon und von der Tatsache, daß Belzer einer Baden-Badener Familie angehörte, gewisse Vorteile für ihre Arrondierungsabsichten. Es war auch die badische Regierung, die Belzer als sachverständigen Gutachter für die Hohenzollern-Kommission besonders befürwortete. Professor Endres berichtete am 11. 12. 1920 im badischen Staatsministerium über seine persönlichen Verhandlungen mit Belzer. Er faßte seine Erfahrungen in 7 Punkten zusammen, die für Baden aussichtsreich erscheinen:

- „1. Die Lösung der Frage der Hohenzollernschen Lande ist unabhängig von der Vereinigung mit Württemberg oder Baden.
2. Die Lösung drängt wegen der j e t z t notwendigen Neuorganisation von Hohenzollern und wegen der allenfalls damit verknüpften Konsolidierung dieses Ländchens im preußischen Verbands.
3. Hohenzollern eignet sich nicht zu einem selbständigen Gebiete auf Grund eines etwaigen preußischen Autonomiegesetzes wegen der Kleinheit des Landes, der sozialen Struktur desselben und der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Nachbarländern.
4. Dagegen ist es eben deswegen reif für eine Eingliederung in die umgebenden Nachbarstaaten.
5. Der Norden mit den Oberämtern Hechingen, Haigerloch und Gammertingen neigt zu Württemberg, vom Süden der Südwesten zu Baden, dagegen der Südosten (Ostrach) zu Württemberg.
6. Die Mitte, der Kern mit Sigmaringen und Krauchenwies, neigt wohl zu Baden, will sich aber vielleicht nicht vom Norden trennen wegen des Gefühls alter

Protokollband Sp. 2475, 2483–2490) die Bildung eines Landes Großsüdwestdeutschland unter Einbeziehung Südhessens. Der zeitweilige badische Kultusminister (1922–1925), Staatspräsident (1924/25), Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten (1925), Nervenfacharzt und Ordinarius Willy Hellpach (1877–1955) setzte sich als gebürtiger preußischer Schlesier ebenfalls für die Vereinigung der südwestdeutschen Länder ein. (Vgl. *Willy Hellpach*, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, 2 Bde. 1948/49. – *Ders.*, Der deutsche Charakter, 1954, S. 70 ff. über „Deutschlands staatsterritoriale Zerstückelung“. – *H. L. Zollner*, Der ‚Nervendoktor‘ als Kultusminister. In: Beiträge zur Landeskunde, Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 1 (1977) 13–15). – Der badische Innenminister (1919–1928) und Staatspräsident (1923 und 1928) Adam Remmele (1877–1951) trat dagegen stärker für die Wahrung der Rechte des Freistaates Baden ein, wie die Protokolle des badischen Staatsministeriums und auch eine einschlägigen Publikationen zeigen (Gegen den Einheitsstaat. Süddeutsche Monatshefte 4/1928; Vorschläge für die Reichs- und Länderreform, 1929).

⁴⁵ Vgl. oben Anm. 42 und 43.